



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84834 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/216 - 23. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Seiten:</u>
1 - 2	An Rande des Abgrunds Zur Krise im Fernen Osten	65
3 - 5	Bedeutet atomare Aufrüstung Sicherheit für die Völker? Von Helene W e s e l , MdB	103
6 - 7	Warum fiel Kild die Treppe herauf? Hintergründigkeit der Bonner Bestechungsaffäre	65
8	DGB auf Erkundungsfahrt Misfällt auch dies der CDU?	49

* * * * *
* * *

Am Rande des Abgrunds

sp - Die Krise im Fernen Osten, die jetzt zu der scharfen diplomatischen Kontroverse zwischen Moskau und Washington geführt hat, läßt in ihrem bedingstigen Ausmaß erkennen, wie schnell die Welt an den Abgrund eines neuen großen Krieges gelangen kann, wenn ein lösbares Problem nicht gelöst wird. Bei dem Wechsel der zahlreichen Noten, bei der dramatischen Zuspitzung der militärischen Operationen um Quemoy und Formosa darf eines nicht vergessen werden: Die Krise ist entstanden durch die Weigerung der Vereinigten Staaten, China diplomatisch anzuerkennen und ihm den Weg in die UNO zu öffnen. Die Amerikaner haben gewiß viele Gründe, die Anerkennung Chinas nicht auszusprechen. Grundsätzliche Erwägungen, militärische Überlegungen und nicht zuletzt psychologische Hemmungen sind es, die Washington den vor Jahren beschrittenen Weg der diplomatischen Ignorierung Pekings weitergehen lassen.

Wenn die Vereinigten Staaten ihre bisher eingenommene Haltung nicht ändern, kann sich die Krise im Fernen Osten noch weiter zuspitzen. Aber nicht nur im Fernen Osten selbst, sondern auch die Krise im westlichen Lager. Besonders England - trotz seiner konservativen Regierung - ist nicht bereit, "für Quemoy zu sterben". Da die Engländer immer noch wichtige militärische und politische Positionen im Fernen Osten innehaben, würde die Zuspitzung der Krise um Formosa und Quemoy bedeuten, daß die Amerikaner im Ernstfall allein stehen. Mit einer Unterstützung der Franzosen oder gar Italiener oder irgendeines anderen Staates im westlichen Militärblock können die Amerikaner nicht rechnen. Washington war noch nie so isoliert wie in der jetzigen Fern-Ost-Krise.

Bis jetzt haben beide Seiten vermieden, es zum Äußersten kommen zu lassen, und die Hoffnung der ganzen Welt beruht darauf, daß keiner der maßgebenden Männer in Moskau oder Washington die Nerven durchgehen.

Aber allein diese Tatsache genügt, um begreiflich zu machen, welche Katastrophen möglich sind, wenn Probleme, deren Lösung früher oder später auf der Tagesordnung steht, ungelöst bleiben. Die Aufnahme Chinas mit seinen rund 600 Millionen Einwohnern in die

UNO ist überfällig. Daran zu denken, daß der von den Amerikanern finanziell und politisch ausgehaltene Inselherrscher Tschiang Kai-schek eine diplomatische Existenz von weltpolitischer Bedeutung hat, während Mao Tse-tung ignoriert wird, ist eine folgenschwere Paradoxie. Es gibt Politiker, die das Verhalten der USA mit dem Hinweis darauf rechtfertigen, in Peking herrsche ein kommunistisches Gewaltregime, dessen diplomatische Anerkennung kleinere Staaten mit demokratischer Ordnung nur tun machen würde. Dieses Argument sticht nicht. Wenn es richtig wäre, dürfte vor allem die Sowjetunion nicht Mitglied der UNO sein. Außerdem haben ja die Vater der UNO in der Geburtsstunde dieser weltweiten Organisation gewußt, daß ihr Staaten mit völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen und ökonomischen Systemen angehören würden.

Bleibt noch die Frage zu beantworten, was auf längere Sicht bei einer möglichen diplomatischen Anerkennung Chinas mit den auf Formosa lebenden 11 Millionen Nationalchinesen werden soll. Hier stellt sich wirklich eine große Aufgabe für die Vereinten Nationen, die eine Lösung dieses Problems bestimmt aber herbeiführen könnten, wenn China Mitglied der UNO ist, als wenn es vor der Tür steht. Sicher wird der Versuch, den "Fall Formosa" zu klären, lange Zeit in Anspruch nehmen. Aber noch immer sind langwierige Verhandlungen besser, als das Taumeln am Abgrund eines neuen Weltkrieges.

All' dies sagen zu müssen, mag schmerzlich sein. Der jetzige Zustand in Ferner Osten ist aber das Ergebnis eines großen Mangels an vorausschauender Politik, die nicht in Rechnung gestellt hat, daß China ein Staat geworden ist, der unaufhaltsam zur Anerkennung seiner Gleichberechtigung mit anderen Staaten drängt. Wer das nicht sieht, muß sich damit abfinden, tatsächlich und ständig am Abgrund des Krieges zu taumeln, in den er möglicherweise hinabstürzen kann, ohne es sich versieht. Wer das aber noch "Politik" nennt, dem ist nicht mehr zu helfen.

+ + +

Bedeutet atomare Aufrüstung Sicherheit für die Völker?

Von H e l e n e W e s s e l H.d.B.

Eine der Beschuldigungen, die Bundeskanzler A d e n a u e r auf dem CDU Parteitag in Kiel gegen die SPD erhoben hat, war die, durch die Ablehnung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr die Sicherheit des deutschen Volkes bedroht zu haben. Die Anhänger der Aufrüstung der Länder mit Atomwaffen glauben, durch die Atomaufrüstung ihren Völkern militärische Sicherheit zu geben.

Ist diese Auffassung richtig? Der kritische Führer der Labour Party, Hugh G a i t s k e l l, sagt in der Juli-Ausgabe von "FOREIGN AFFAIRS":

Wir glauben nicht, daß die bloße Verteidigungs- und Abschreckungshaltung für eine Politik des Westens auch nur annähernd hinreichend ist. Bei der Betrachtung unserer heutigen Welt sollten wir die Gefahr der Leidenschaften nicht unterschätzen, die zur Kriegsursache führen können. Es könnte ja sein, daß es nicht die kalte Berechnung des Kreml, sondern die blinde Wut eines unterdrückten oder zurückgebliebenen Volkes ist, die die Explosion auslöst. Unter solchen Umständen stimmt die Theorie der Abschreckung nicht, weil Völker sich eben nicht rational verhalten. Sie berechnen nicht das Risiko, wenn wir diese unsere Theorie anwenden".

Die echte Sicherheit der Völker kann nur auf folgende drei Prinzipien beruhen:

Das erste Prinzip ist das der inneren Sicherheit durch Verhältnisse, die die soziale Gerechtigkeit und Freiheit in einer Gesellschaftsordnung garantieren, in der alle Menschen frei von Furcht und Not entsprechend ihren Anlagen und Leistungen sich entfalten können. In unserer Zeit kann nur eine Gesellschaftsordnung Bestand haben, von der die Menschen das Gefühl haben, daß es sich lohnt, sie zu verteidigen. Soziale und politische Verhältnisse, die der Mensch als ungerecht empfindet, ist er nicht mehr bereit, zu verteidigen.

Aber die atomare Aufrüstung kostet die Völker Geld - viel Geld. Sie hat deshalb ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche, finanzielle und

soziale Lage der Länder. Es wird sich immer mehr zeigen: man kann nicht gleichzeitig Teilnehmer an Atomwetterrüstungen und Inhaber stabiler Lebensverhältnisse für die breiten Schichten sein. Selbst ein wirtschaftlich reiches Land wie Amerika wird das auf die Dauer nicht durchhalten können. Bei den europäischen Völkern zeigt es sich schon heute. Nur das dem Menschen am besten dienende staatliche und gesellschaftliche System wird auf die Dauer Bestand haben und in den Auseinandersetzungen der Völker den Sieg davontragen.

Als zweites Prinzip der Sicherheit werden militärische Sicherheitsmaßnahmen bezeichnet. Aber die Atomausrüstung kompliziert die militärische Sicherheit, weil sie eine falsche Sicherheit gibt. Sie bedroht zunächst den Menschen in seiner leiblichen Existenz. Wir wissen heute, welche schrecklichen Folgen schon allein die Atomexperimente nicht nur für den lebenden Menschen, sondern auch schon auf das noch ungeborene Kind ausüben. Die Staatsmänner und Militärs sagen uns, einen Atomkrieg darf es nicht geben. Aber sind wir so sicher, daß die Völker nicht doch in einen Atomkrieg eines Tages hineingerissen werden? Wir wissen heute, daß im Falle eines Krieges auch Atomwaffen zur Anwendung kommen. Aber jede Verteidigungsmaßnahme verliert ihren Sinn, wenn sie zu nichts anderem führt, als das zu schützende Volk auszulöschen. Es ist eine falsche militärische Sicherheit, die man uns mit Atomwaffen verspricht, es ist die Bedrohung mit dem Atomkrieg, von dem der deutsche Atomphysiker Professor Otto H a h n gesagt hat: "Das Leben hört nach einem Atomkrieg auf. Nicht ein Prozent der Menschheit, niemand würde ihn überleben".

Auch Karl J a s p e r s stellt - wie die Atomphysiker - in seiner jüngsten Buchveröffentlichung: "Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" fest, daß der Einsatz der Atombombe das Ende der Menschheit bedeuten würde. Und da wir uns weder um die Entscheidung herumdrücken, noch Streit anfangen dürfen, müsse der Mensch endlich Vernunft annehmen. Wörtlich sagt Jaspers: " Zu meinen, auf die Dauer Kriege führen zu können, ohne die Atombombe ist ein Wahn ... Nur durch einen blinden Optimismus ist zu verschleiern, daß wir nicht in Ordnung, sondern in Todesgefahr sind".

Wenn der Mensch aber in Todesgefahr ist und "mit der Atombombe leben" muß (v. Weizsäcker) sollte es die erste und wichtigste Aufgabe der Staatsmänner und Politiker sein, endlich Vernunft anzunehmen. Sie sollten das dritte Prinzip einer echten Sicherheit der Völker beherzigen, das in

der Ausschöpfung aller internationalen Verständigungsmöglichkeiten besteht. Die schrecklichen Erfahrungen, die wir europäischen Menschen in den beiden Weltkriegen erlebt haben, sollten es unmöglich machen, daß es jemals zwischen uns wieder zu Kriegen kommen darf, auch nicht zu Kriegen mit konventionellen Waffen.

Nur durch internationale Verständigung werden die Spannungen in der Welt vermindert und drohende Kriege verhindert wie die Lage in China und Formosa und das dadurch bedingte gespannte Verhältnis zwischen Amerika auf der einen und China und Rußland auf der anderen Seite zeigt. Solange Amerika die Sicherheit der freien Welt von Formosa aus mit Atomwaffen verteidigen will, statt 600 Millionen Chinesen den Eintritt in die Vereinten Nationen zu gewähren und dadurch internationale Verständigungsmöglichkeiten zu schaffen, drückt sich die freie Welt - um mit Karl J a s p e r s zu sprechen - um Entscheidungen herum, sie lebt nicht in Ordnung, sondern in der Todesgefahr.

Ebenso falsch und verhängnisvoll ist jene Behauptung von Bundeskanzler A d e n a u e r auf dem CDU Parteitag, daß die atomare Aufrüstung die Wiedervereinigung Deutschlands fördere. Die um die Wiedervereinigung Deutschlands besorgte SPD kämpft auch deshalb so leidenschaftlich gegen die Atomaufrüstung in beiden Teilen Deutschlands, weil sie darin ein schweres Hindernis zur Wiedervereinigung sieht. Sie kennt die Ausführungen des sowjetischen Außenministers G r o m y k o vor den Obersten Sowjets, daß "die Entscheidung, die deutsche Bundeswehr mit Atombomben und Raketen auszurüsten, die Totenglocken für die Einheit Deutschlands erklingen läßt".

Die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Deutschlands werden auf dem Verhandlungswege und der friedlichen Verständigung gefunden werden müssen. Alles andere ist falsche Sicherheit und Illusion, auch für die Menschen in der Zone. Wer ihnen wirklich helfen und ihr schweres Los erleichtern will, muß nach diesen Wegen der Verständigung und Entspannung suchen. Deutschland liegt mit seinen Grenzen nicht nur zum Westen, sondern auch zum Osten. Deshalb sollten von der Bundesregierung diplomatische Beziehungen auch zu den Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China gepflegt werden, wie sie die SPD verlangt, weil sie geeignet sind, zur Entspannung beizutragen. Sie würden für das deutsche Volk ein Beitrag zu seiner Sicherheit in der Todesgefahr der atomaren Aufrüstung sein.

Warum fiel Kilb die Treppe herauf?

U.D. Als der damalige nordrhein-westfälische Innenminister Biernat (SPD) von massiven Bestechungsfällen in Bonn sprach, in die hohe Beamte und bekannte Industriefirmen verwickelt seien, drohte ihm die nordrhein-westfälische CDU mit einer Strafanzzeige wegen falscher Anschuldigung. Es war eine Woche vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Von der Anzeige gegen Biernat hat man seitdem nichts mehr gehört, der Adlatus des Bonner Regierungschefs dagegen - ohne Zweifel wohl ein recht hoher Beamter - sitzt im Untersuchungsgewächnis. Wer jetzt noch von einem Skandal in Bonn spricht, braucht offenbar nicht mehr mit einer Anzeige von der CDU zu rechnen.

Romms Staatsanwälte und der Untersuchungsrichter darf man beglückwünschen. Ebenso wie Bonns Verkehrspolizei haben sie ohne Ansehen der Person ihre Ermittlungen vorangetrieben, wobei man hoffen darf, dass ihnen weiter sicher noch zukünftig von anderen beteiligten und interessierten Stellen Steine in den Weg gelegt werden.

Auf ein gleiches Mass an Flies bei den Ermittlungsarbeiten deutet freilich die Haltung von Kilbs Dienstbehörde, der Bundeskanzleramt, nicht hin. Dagegen das Bundespresseamt liess es erklären, bei der Untersuchung im eigenen Hause hätte sich "kein Anlass zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens ergeben". Da ist man sprachlos. Dass nach Abschluss des Berufverfahrens eine Überprüfung dieser Äußerung zugesagt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Interessant ist aber dies: Die der Kilb vorgeworfene passive Bestechung datiert in die Zeit, in der Kilb Referent bei Adenauer war, also vor dem Februar 1958. Zu der Zeit war von staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht das noch keine Rede, denn sonst hätte die Bundesregierung nicht am 21. August 1958 auf Anfrage der SPD erklären können, die Vernehmung Kilbs nach Brüssel sei lediglich auf seinen persönlichen Wunsch hin erfolgt. Von Zusammenhängen der Vernehmung mit der Bestechungsaffäre hatte die Bundesregierung nichts wissen wollen.

Bemnach setzt es also ein Vergehen des Ministerialrats Kilb, der Bundeskanzler und der Staatssekretär Dr. Glöckle, still-

schweigend (oder ausdrücklich?) hingenommen, dass dieser Beamte nacheinander zwei teure Mercedes-Sportwagen zu seiner Verfügung hatte, von denen sie wissen mussten, dass Familienvater Kilb sie von seinem Beamtengehalt schwerlich hatte kaufen und schon gar nicht gegen Gebühr hatte leihen können. Denn wenn sie es weder wortlos hingenommen noch ausdrücklich gebilligt hätten, hätten sie in der Zeit bis Februar genügend Anlass zu einem Disziplinarverfahren gehabt. Schliesslich galt und gilt noch für Kilb der § 70 des Bundesbeamtengesetzes, wonach ein Beamter Belohnungen oder Geschenke nur mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde (hier: des Bundeskanzlers) aufnehmen darf. Da wir immer noch nicht annehmen wollen, dass der Bundeskanzler zur Annahme dieser Vergünstigung seine Erlaubnis gegeben hat, fragen wir mit aller Deutlichkeit: Warum hatte kein Anlass zu einem Disziplinarverfahren gegen den ungetreuen Ministerialrat bestanden?

Ein zweiter Gesichtspunkt ist noch von Gewicht. Ob die Annahme eines Geschenks durch einen Beamten den Tatbestand der passiven Bestechung erfüllt, entscheiden die Gerichte. In der Regel setzt die Verurteilung wegen passiver Bestechung eine Gegenleistung voraus. Eine Gegenleistung ist aber nicht erforderlich in beamtenrechtlicher Hinsicht. Zum Disziplinarverfahren genügt die Tatsache als solche. Wo ein Gericht vielleicht zu einem Freispruch kommen mag, ist eine disziplinarische Bestrafung wegen Dienstvergehens gegen den § 70 nahezu immer fällig. Mit anderen Worten: Schon eine Bagatelle verpflichtet zu disziplinarrechtlicher Untersuchung.

Dazu aber hatten weder Adenauer noch Globke Anlass gesehen. Der bestechliche Ministerialrat fiel die Treppe herauf statt herunter. Der Bonner Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt, die nicht, wie der Chef vom Palais Schaumburg, über 164 Mann Sicherungsgruppe und dazu noch über Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst gebieten, waren schwerlich der Meinung, Kilbs Vergehen sei eine Bagatelle. Denn anders hätten sie ihn nicht inhaftiert, sondern bis zur Hauptverhandlung frei herumlaufen lassen.

DGB auf Erkundungsfahrt

sp - Zurzeit besucht eine repräsentative Abordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Führung seines stellvertretenden Vorsitzenden Bernhard Taske die Länder Ostasiens. Es ist dies nicht die erste Delegation des DGB, die ein solches Unternehmen beginnt. Die Länder Ostasiens zählen heute viel in der Weltpolitik; ihr Wort wird im Chor der Völker recht aufmerksam vernommen. Ein gutes Stück menschlicher Zukunft wird in diesem Teil der Erde entschieden. Die Reise findet unter anderem auch deshalb statt, um die Bestrebungen der westlichen Demokratien und damit auch der freien Gewerkschaften im asiatischen Raum zu unterstützen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund zählt zu den stärksten nichtkommunistischen Gewerkschaften in Europa, er ist ein wesentlicher Bestandteil der neuen deutschen Demokratie. Er hat es verstanden, recht bald nach dem Kriege zur Wiedergewinnung deutschen Ansehens in der Welt beizutragen.

Die freien Gewerkschaften Asiens befinden sich in einem schweren Abwehrkampf gegen die Kommunisten. Der kommunistische Weltgewerkschaftsbund wendet ungeheure Mittel auf, um die Arbeitermassen dieser Länder für sich zu gewinnen und sie in Gegensatz zur übrigen Welt zu bringen. Der Wohlstand Europas und seiner Arbeiterschaft hängt zu einem grossen Teil davon ab, ob sich der unvermeidliche Aufstieg der asiatischen Völkermassen in revolutionären Kriegen oder in evolutionären Entwicklungen vollzieht. Die nichtkommunistischen Gewerkschaften dieser Länder bedürfen der Sympathie und der Unterstützung der freien Gewerkschaften der westlichen Welt, wenn sie sich in diesem schweren Ringen um einen besseren Anteil an den Gütern dieser Erde als eigenständige Kraft behaupten wollen.

Dieser Kampf spielt sich auf vielfältiger Ebene ab, seine Bedeutung für die Erhaltung des Weltfriedens wird in wachsendem Masse erkannt, was sich unter anderem auch darin ausdrückt, dass gerade die Vereinigten Staaten sich heute bemühen, durch internationale Fonds verschiedenster Art die Beanspruchungen dieser Länder nach Überwindung jahrtausendealter Armut zu fördern. Wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund nun mit seiner siebenköpfigen Abordnung sich mit den Nöten und Sorgen der freien Gewerkschaftsbewegungen dieses so wichtigen Teils der Erde vertraut macht, so erfüllt er eine im besten Sinne nationale und internationale politische Mission.

Wie sagte die CDU auf dem Kieler Parteitag? Die deutschen Gewerkschaften mögen sich gefälligst um Lohn- und Gehaltsfragen kümmern, alles andere gehe sie nichts an. Die Gewerkschaften wehren sich mit Recht dagegen, in ein Ghetto eingesperrt zu werden, weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene. Ihre rechtverstandenen Aufgaben zwingen sie dazu, ihren Blick zu weiten und ihre Augen nicht vor den weitgreifenden Abhängigkeiten in unserer Welt zu verschliessen.

Geht ganz Asien in Zuge sozialrevolutionärer Erschütterungen für Europa verloren, dann lässt sich auf die Dauer die soziale Sicherheit des europäischen Arbeiters nicht aufrechterhalten oder gar vermehren. Das weiss der DGB als ein wichtiger Teil der freien internationalen Gewerkschaftsbewegung. Er leistet mit einer solchen Erkundungsfahrt auch eine gute Arbeit für die Demokratie.